

BASis Info 2/2016

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

04.03.2016

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

mein Unwort des Jahres ist bis jetzt eindeutig „erbarmungswürdig“. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat mit seiner Reaktion auf das neue Solidaritätsprojekt von Sigmar Gabriel aber wenigstens noch einmal unterstrichen, wer die sozialen Probleme und die wachsende Armut in unserem Land seit Jahren ignoriert. Dabei brauchen wir genau jetzt mehr Investitionen in Kitas, Schulen, sozialen Wohnungsbau und die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen. Klar ist für uns SozialdemokratInnen: Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden.

In diesem Sinne werden wir auch im Deutschen Bundestag auf die Umsetzung der offenen Punkte des Koalitionsvertrags drängen, um gerade Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen. Der Gesetzentwurf zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen ist momentan das prominenteste Beispiel für die Blockade-Haltung von CDU/CSU. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hatte ihren Entwurf sogar Mitte Februar noch einmal nachge-

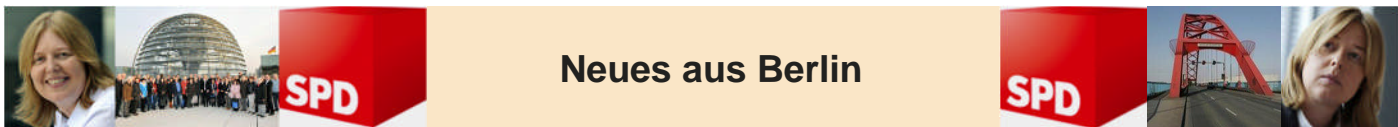
bessert, um dann aus dem Nichts kurz vor der Einleitung der so genannten Ressortabstimmung auf eine Beton-CSU zu treffen. Plötzlich mauert die Union bei Themen, die längst ausverhandelt und abgestimmt waren. Das hat mit Verlässlichkeit und Vertragstreue nun wirklich nichts zu tun. Um den DGB zu zitieren: Union bricht Koalitionsvertrag. Völlig zu recht sagt Andrea Nahles jetzt: An diesem Gesetzentwurf wird kein Komma mehr geändert. Der Missbrauch von Zeitarbeit und Werkverträgen muss gestoppt werden. Zum Schutz von vielen ArbeitnehmerInnen und vielen ArbeitgeberInnen, die sich an die Regeln halten.

Und, liebe KollegInnen von CDU und CSU: Wir haben noch weitere wichtige Projekte im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die wir jetzt umsetzen werden. Darauf warten viele Menschen. Das gilt für das Bundesteilhabegesetz zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung genauso wie für die solidarische Lebensleistungsrente. Wer viele Jahre Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat, hat ein Recht auf eine Rente oberhalb der Grundsicherung.

Sogar das Handelsblatt schreibt: „Für die unteren Einkommensschichten droht der Abstieg unter Grundsicherungsniveau. Das darf gerade einen Sozialdemokraten nicht kaltlassen“. Das darf aus meiner Sicht überhaupt niemanden kaltlassen, auch keinen Bundesfinanzminister. Diese Lebensleistungsrente ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Altersarmut. Und ich bin übrigens auch für jede Maßnahme offen, mit der wir das Rentenniveau besser stabilisieren können. Natürlich kostet das alles Geld, aber Haushaltsüberschüsse sind beim sozialen Zusammenhalt bestens investiert.

Dafür gibt es das Entgeltgleichheitsgesetz quasi kostenneutral. Am 8. März ist Weltfrauentag und wir wollen die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern endlich schließen. Auch das steht übrigens im Koalitionsvertrag. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ war lange genug nette Theorie.

Herzliche Grüße



Stichwort: Das Pflegeberufsgesetz

Unsere Gesellschaft wird älter. Der Bedarf an Pflegekräften wird weiter steigen. Heute sind bundesweit 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig. Bis 2030 wird ihre Zahl laut Prognosen auf 3,6 Millionen steigen. Ein Drittel von ihnen, etwa 1,2 Millionen, wird auf stationäre Pflege angewiesen sein. Um dem wachsenden Bedarf an Pflegekräften gerecht zu werden, brauchen wir auch in Zukunft genug junge Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden. Im Januar hat nun das Bundeskabinett einen Entwurf für ein Pflegeberufsgesetz vorgelegt. Dieser setzt die langjährig vorbereitete Reform der Pflegeberufe, d.h. die Zusammenführung der bisherigen getrennten Ausbildungen in der Altenpflege, der Kranken- und Kinderkrankenpflege um.

Veränderte Versorgungsstrukturen und Pflegebedarfe in der Akut- und Langzeitpflege verändern auch die Anforderungen an das Pflegepersonal. Während in den Pflegeeinrichtungen immer mehr medizinische Behandlungspflege erbracht werden muss, steigt in den medizinischen Versorgungseinrichtungen der Anteil Pflegebedürftiger, z.B. demenzkranker Menschen. Die Pflegeausbildung soll zukünftig - unter Berücksichtigung des pflegewissenschaftlichen Fortschritts - übergreifende pflegerische Kompetenzen zur Pflege von Menschen aller Altersgrup-

pen in allen Versorgungsbereichen und Pflegesettings vermitteln: in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und der ambulanten Pflege.

Die neue Pflegeausbildung soll eine dreijährige (in Teilzeit höchstens fünfjährige) Fachkraftausbildung enthalten mit Unterricht an Pflegeschulen und praktischer Ausbildung bei einer Ausbildungseinrichtung und weiteren Einrichtungen aus den unterschiedlichen Pflegebereichen. Die Basis der Ausbildung ist eine gemeinsame Grundausbildung, die auf einen Einsatz in allen Arbeitsfeldern der Pflege vorbereitet (Akutpflege, stationäre Langzeitpflege, ambulante Pflege). Im Rahmen der praktischen Ausbildung wählen die Auszubildenden einen Vertiefungseinsatz. Die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung umfasst auch den Bereich der Pflege von Kindern und Jugendlichen - zum Beispiel, wenn als Träger der Ausbildung eine Kinderklinik gewählt wird. Die Pflegeausbildung schließt mit einer staatlichen Abschlussprüfung ab. Die neue Berufsbezeichnung soll „Pflegefachfrau“ oder „Pflegefachmann“ lauten.

Wichtig ist uns, dass die Ausbildung weiterhin allen jungen Menschen zugänglich bleibt, die in der Pflege arbeiten möchten. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch HauptschülerInnen der Zugang zur Fachkraftaus-

bildung weiterhin möglich ist.

Die neue Pflegeausbildung soll einheitlich finanziert werden und bundesweit eine qualitätsgesicherte Ausbildung ermöglichen. Alle an der Finanzierung der bisherigen Ausbildungen beteiligten Kostenträger sind auch an der Finanzierung der künftigen Ausbildung beteiligt. Und ganz besonders wichtig: Für die Auszubildenden ist die neue berufliche Pflegeausbildung kostenfrei, und sie werden eine angemessene Ausbildungsvergütung erhalten.

Ergänzend zur beruflichen Ausbildung soll zukünftig das berufsqualifizierende Pflegestudium etabliert werden, um den Transfer des stetig fortschreitenden pflegewissenschaftlichen Wissens in die Pflegepraxis und die Innovationsfähigkeit der Pflege zu fördern. Das Studium trägt den zunehmenden hochkomplexen Pflegebedarfen, dem Grundsatz ambulant vor stationär und dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung.

Für uns Abgeordnete beginnt jetzt die Arbeit. Der Gesetzesentwurf wird im März in erster Lesung in den Bundestag eingebracht, danach folgen Anhörungen und Beratungen in Fachausschüssen. Wie Peter Struck einst gesagt hat: "Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es eingebracht wurde"



BASis-Tag in der Sportredaktion

Am 29. Februar führte mich ein „BASis-Tag“ in die NRZ/WAZ-Sportredaktion, wo ich einen Tag hospitiert habe. Es war sehr spannend, die Arbeitsweise einer Zeitungsredaktion kennen zu lernen. Ich habe einen Einblick gewonnen, wie eine Seite entsteht und welche Diskussionen in der Redaktion laufen, bis die Themenauswahl feststeht. Bei der MSV-Presskonferenz habe ich von Trainer Ilija Gruev sogar einen Stoff-Ennatz geschenkt bekommen.

(Foto: Alexandra Roth)



Die Eisenbahnsiedlung im Privatfernsehen

Ich kenne die BewohnerInnen der Eisenbahnsiedlung in Rheinhausen als engagiert, optimistisch und bodenständig. Die RTL-II-Doku "Hartz und herzlich" zeichnet ein eindimensionales und klischeehaftes Bild, gegen das sich der Verein „Interessengemeinschaft Hohenbudberg Eisenbahnsiedlung“ zu Recht wehrt. Meine Unterstützung haben sie - ich habe RTL II mit einem eigenen Schreiben aufgefordert, auf den offenen Brief des Vereins zu reagieren.

Fraktion vor Ort in Duisburg: Für eine gute und menschenwürdige Pflege

Zur Diskussionsveranstaltung „Für eine gute und menschenwürdige Pflege“ lade ich für den 10. März 2016, um 18 Uhr herzlich in das AWO-Seniorenzentrum auf der Karl-Jarres-Straße ein.

Der Gesundheitspolitiker Dirk Heidenblut, SPD-MdB aus Essen, wird die Pflegestärkungsgesetze I und II vorstellen. Einen Bericht aus der Praxis gibt der Geschäftsführer der Pflegekommission des AWO-Bezirksverbandes Niederrhein, Normen Dorloff.



Im Anschluss freue ich mich auf eine offene Diskussion. Anmeldung im Wahlkreisbüro unter 488 69 630 oder baerbel.bas.wk@bundestag.de

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++10.03. Frauenfrühstück Frau-Macht-Stahl Hamborn+++

+++11.03. Industriemeistervereinigung Duisburg +++

+++12.03.: Eröffnung Gesundheitsmesse+++

+++13.03.: MSV-Sieg gegen Berlin+++

+++14.03.-18.03: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Praktikant des Monats war im Februar der 23-jährige Elvir Osman. Elvir studiert BWL an der Hochschule Rhein-Waal. Er sagt, der Einblick in unseren spannenden politischen Alltag hat ihm viel Spaß gemacht. Das hört man gerne. Danke für ein tolles Praktikum und für die Zukunft alles Gute!

A40-Rheinbrücke Neuenkamp

Am 16. März soll der Bundesverkehrswegeplan in den Deutschen Bundestag eingebracht werden. Mein Kollege Mahmut Özdemir und ich haben jetzt Bundesverkehrsminister Dobrindt einen Brief geschrieben und ihn daran erinnert, dass er uns noch einen Sachstand zum Projekt A40-Rheinbrücke Neuenkamp schuldet. Die Brücke ist seit Jahren einer Belastung durch fast 100.000 Fahrzeuge täglich ausgesetzt, die resultierenden Schäden und Risse sind nicht mehr zu übersehen. Die Sanierung ist uns ein dringendes Anliegen.

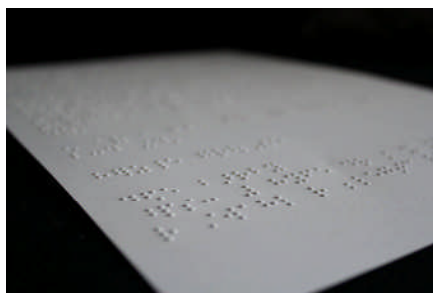
Mein Tagebuch

Ich liebe es, wenn ein Plan funktioniert. Die Kreishandwerkerschaft Duisburg hatte bei ihrem Projekt „refugees welcome in work“ ein kleines Problem mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Die Fahrtkosten der TeilnehmerInnen sollten nicht übernommen werden, was vielen die Teilnahme unmöglich gemacht hätte. Mit meinen Kollegen Siegmund Ehrmann und Mahmut Özdemir konnte ich aber BAMF-Leiter Weise überzeugen, dass es daran nicht scheitern sollte...

Als Parlamentarische Geschäftsführerin kümmere ich mich auch um die Räume der SPD-Bundestagsfraktion und habe jetzt die ehemaligen Büroräume von Helmut Schmidt

inspiziert. Fazit: Riesige Bibliothek, kleine Klingelschalter zum Sekretariat und eine Büroleiterin mit Humor: „Ich habe heute morgen extra noch kurz durchgelüftet...“

Am Wochenende konnte ich der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Verena Bentele, mit einem Gruß in Braille-Schrift zum Geburtstag gratulieren. Jetzt kann ich nur hoffen, dass da auch wirklich mein Text steht...



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607